



CVP Kilchberg tagt im Alterszentrum

Die CVP Kilchberg war an ihrer diesjährigen Generalversammlung vom 29. Oktober zu Gast im Alterszentrum Hochweid und nutzte die Gelegenheit, sich im Hinblick auf die Urnenabstimmung vom 24. November durch den Stiftungsrat über die gewichtigen Vorlagen in Sachen Alterszentrum orientieren zu lassen.

Die im Weisungsheft durch Gemeinderat und RPK kontrovers dargestellten Themen konnten dabei durch zusätzliche Informationen klarer beurteilt werden.

Ausgangslage

Das Alterszentrum bietet zu wenig Wohnraum für die stetig wachsende ältere Bevölkerung. Ein Wachstumsbedarf beim Angebot von Wohnraum für ältere Menschen stellt auch das Altersleitbild der Gemeinde fest. Im Vordergrund stehen dabei mehr Leichtpflegeplätze und mehr Alterswohnungen. Die Stiftung plant nun einen entsprechenden Ausbau ihres Angebotes mit einer Pflegewohngruppe für 8 bis 10 Personen (Vorlage 2) und einem Zusatzbau mit 10 Wohnungen (nicht Thema der Abstimmung).

Finanzbedarf

Das Alterszentrum in seiner heutigen Form wurde 1991 mit Hilfe eines Baukredits von 23 Mio. errichtet. Ab 1993 hat die Gemeinde regelmässige jährliche Beiträge zur Abzahlung der Hypothekarschuld geleistet. Der Hinweis der RPK, dass damit die Hypothekarschuld eigentlich vollständig hätte getilgt werden können, ist also rechnerisch richtig. Dass die Stiftung heute trotzdem noch mit 14 Mio. Schulden dasteht, hat seinen Grund in der stetigen Erhöhung des Durchschnittsalters der Pensionäre und der damit zunehmenden Häufigkeit von Pflegebedarf. Das Altersheim bemüht sich darum, dem Wunsch der Pensionäre, auch bei Pflegebedürftigkeit in der gewohnten Umgebung zu verbleiben, möglichst weitgehend zu entsprechen. Dies verteuert allerdings den Betrieb, weil unter anderem mehr und besser qualifiziertes Personal notwendig ist. Zudem ist das Altersheim mit 46 Plätzen zu klein, um eine optimale Kostenstruktur zu erreichen. Die Beiträge der Gemeinde sind deshalb teilweise in die laufenden Betriebskosten geflossen, so dass die Hypothekarschulden nicht im erforderlichen Umfang getilgt werden konnten.

Problemlösung

Für den notwendigen Ausbau des Wohnangebots braucht die Stiftung zusätzliches Kapital. Sondierungen bei Banken haben ergeben, dass mit der heute bestehenden Schuldenlast keine ausreichenden Kredite für den Ausbau erhältlich sind. Die bestehende Schuld muss also rasch und massiv reduziert werden. Der Gemeinderat will eine Lösung anbieten, zieht es aber vor, dies nicht in Form eines Darlehens zu tun, sondern einen einmaligen festen Beitrag von 7.5 Mio. für die Reduktion der Schuld zu leisten sowie den nötigen Beitrag für die Erstellung der Pflegewohngruppe zu gewähren. Der Zusatzbau mit Alterswohnungen wird dann durch die Stiftung selber finanziert.

Der Stiftungsrat hat im Gegenzug seine Absicht bekräftigt, die Pensionspreise soweit anzupassen (geplant ist eine Erhöhung von CHF 30 pro Tag), dass der Betrieb im bestehenden Mix von selbständigen und pflegebedürftigen Pensionären kostendeckend geführt werden kann und die Gemeinde künftig nur noch die vom Gesetz vorgeschriebenen Beiträge an die Pflegekosten

entrichten muss. Eine Beitragserhöhung um nochmals CHF 28, wie sie die RPK als Alternative zur Gewährung des Entschuldungsbeitrags vorschlägt, kommt für den Stiftungsrat nicht in Frage. Die in der Stellungnahme der RPK gemachten Preisvergleiche sind irreführend, weil die zum Vergleich herangezogenen Institutionen allesamt Intensivpflege inklusive ärztliche Versorgung anbieten und nicht nur Leichtpflege wie das Altersheim Hochweid.

Abstimmungsempfehlungen der CVP

Nach einer ausführlichen Diskussion hat der Vorstand mit einem Mehrheitsentscheid der Generalversammlung beantragt, die beiden Vorlagen für die einmaligen Beiträge zur Entschuldung sowie zum Erweiterungsbau für die Pflegewohngruppe zur Annahme zu empfehlen und die Generalversammlung ist dieser Empfehlung gefolgt.

Einstimmig zur Annahme empfohlen wurde die Vorlage 3 über die freiwilligen Beiträge der Gemeinde an Bewohnerinnen und Bewohner von Alters- und Pflegeheimen.

Klares NEIN zum Baukredit untere Dorfstrasse

Weniger zu diskutieren gab die Vorlage zur Umgestaltung der unteren Dorfstrasse (Spurreduktion und Erstellen eines Kreisels). Die von der Partei bereits im Vorfeld gemachten Einwendungen gegen die Spurreduktion in Fahrtrichtung See konnten durch die vom Gemeinderat ins Feld geführte Studie nicht entkräftet werden. Die Studie stützt sich gemäss den vorliegenden Unterlagen auf eine einmalige Verkehrsbeobachtungsmorgens von 7 bis 8 Uhr an einem Werktag in den Frühlingsferien und ist damit aus Sicht der CVP keine fundierte Grundlage. Die von der RPK im Weisungsheft gemachten weiteren Einwendungen werden vollumfänglich geteilt.

Der Vorstand beantragte der Generalversammlung einstimmig die Ablehnung dieser Vorlage und auch hier ist die Generalversammlung dem Antrag des Vorstandes gefolgt.

Die übrigen - statutarischen - Geschäfte der Generalversammlung gaben nur noch wenig zu reden: Die Wiederkandidatur der drei bisherigen bewährten CVP-Behördenmitglieder (Dr. Lorenz Felder, Gemeinderat; Urs Ruggli, RPK und Evangelos Papoutsis, Schulkommission) wurde mit Applaus bekräftigt. Alle bisherigen Vorstandsmitglieder stellen sich weiterhin zur Verfügung, erweitert wurde der Vorstand durch die Wahl von Max Charles Schneble.